

„Ordnung“ und „Sicherheit“ herauskommen würde. Unmöglich ist auch unter den jetzigen politischen Verhältnissen bei der Vergiftung durch eine verleumdende, gegen die Regierung gerichtete Propaganda der Verzicht auf die Zusammenfassung der Sicherheitsmannschaften unter dienstlicher Aufsicht in gemeinsamen Wohnungen; dies schon der Sicherheit der einzelnen Wachtmänner wegen.

Am meisten nehmen die Verdächtigen der Sicherheitspolizei im Reich und bei der Entente an der Verwässerung der Sicherheitspolizei Anstoß. Eine Verwässerung mit dem langen Säbel und einem Revolver, wie sie die alten Schutzeinheiten vor dem Kriege besaßen, wäre gemessen völlig unzureichend. Sie würde die Beamten schuldig dem bewaffneten Verbrechertum preisgeben, worunter natürlich auch ihre Dienstfähigkeit und Energie leiden müßte. Es ist verständlich, daß diejenigen, die nicht nur einmal den Versuch gemacht haben, den Staat und die Verfassung gewaltsam zu stürzen, mit diesem Verlangen der Entente nach Entwertung der Sicherheitspolizei sehr sympathisieren. Aber über wirklich Sicherheit und Ordnung will, kann sich darauf nicht einlassen. Will die Entente das Reich nicht dem reaktionären oder dem bolschewistischen Umsturz verfallen lassen, so darf sie die Sicherheitspolizei nicht zerstören.

Wir hoffen und erwarten, daß die deutsche Regierung sich energisch gegen diese Forderung aller Festigkeit des Staates und Untergrabung seiner Fundamente zur Wehr setzen wird. Man beachtlich annehmend ohnehin, ihr in Spaa noch andere Möglichkeiten zuzumuten. Zeitungen berichteten, die Note der Entente wäre in einem so offenen Tone gehalten, daß man Anstand nehme, sie zu veröffentlichen, um nicht die nationalen Leidenschaften anzufachen, was vor Spaa bedenklich werden könnte. Ich halte es für nicht glaublich, daß diese Zeitungsnachricht zuträfe. Jedenfalls wäre es die falscheste Politik, wenn man das Volk über den Charakter unserer Feinde und über die ihm drohende Gefahr hinwegtäuschen wollte. Deutschland ist unterlegen, weil das Volk immer in Aufzählungen gehalten wurde, erst über die eigene Kraft und die seiner Bundesgenossen und der Gegner, dann über die Siegesmöglichkeiten und endlich über die Friedenshoffnungen und die Gesinnung seiner Feinde. Die schlimmste Gewissheit ist besser als fortgesetzte Unklarheit. Das, was dem Volk nützt, Einigkeit und Zusammenfassung seiner ganzen Kraft in den Willen zum Schutz und zur Herstellung seines nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, kann nur erreicht werden, wenn jedem einzelnen offen die Gefahr und der Weg von Weiden, die uns noch bevorstehen, gezeigt werden.

Gegen den Ausnahmezustand in Gotha.

Ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen. — Die Regierungsbildung unmöglich.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Z. Gotha, 29. Juni.

In der auf heute anberaumten Sitzung der Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, brachten die Unabhängigen einen Dringlichkeitsantrag ein, den Reichspräsidenten zu eruchen, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben und den Reichskommissar Solle sofort abzubauen. Nachdem der einzige demokratische Abgeordnete den Sitzungssaal verlassen hatte, wurde die Dringlichkeit des Antrages mit neun gegen neun Stimmen abgelehnt. Nach einer kurzen Unterbrechung gaben die Unabhängigen dann folgende Erklärung ab: „Durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und durch die Einziehung des Reichskommissars in dem Gebiete des Freistaates Gotha sind rechts- und verfassungswidrige Zustände eingetreten. Die Rechte der Landesversammlung sind verletzt. Die Schließung des früheren Landtags und die Neuwahl zum jetzigen Landtag sind verfassungswidrig erfolgt. Die politische Freiheit der Beamten ist bedroht, die Pressefreiheit eingeschränkt und so weiter. Die Fraktion der Unabhängigen sieht darin eine schwere Gefahr für die verfassungsmäßigen Rechte des Landes und sieht sich nicht in der Lage, sich weiter an der parlamentarischen Arbeit zu beteiligen. Sie wird ihre parlamentarische Mitarbeit verweigern.“ Daraufhin verließen die Unabhängigen den Saal und machten die weiteren Verhandlungen, vor allem die Regierungsbildung, unmöglich.

Den gefallenen Brüdern.

Vorpruch

zur Gedächtnisfeier für die gefallenen Berliner Studenten.

Von [Nachdruck verboten.]

Ludwig Fulda.

In Ehrfurcht nah'n wir mit umflorten Fahnen,
Mit Kränzen, die wir dem Geweihten weih'n,
Und senken aus des Lebens lauten Wägen
In Deutschlands unbegrenzten Gräberhain;
Dort aber zieht ein Ahnen und ein Nahnen
Uns hin zu jenes Hügels langen Reih'n,
Daraunter man die Toren hat gebettet,
Die Geister, eng mit unsem Geist verflochten.

Die brüderlichen Freunde, die Gefährten,
Uns ewig nah, wenn auch auf ewig fern,
Die früh Dahingegangnen, die Verklärten,
Aus Weltemweite leuchtend Stern an Stern,
Entrückt, entrost, bevor sie sich bewähren,
Und doch bewahrt in ihrem tiefsten Kern,
Ihr Herz beständig in seinen Kunden,
Blutzugun, hart geprüft und edel befunden.

Gleich uns durchloht der heißen Drang zum Wissen,
Gleich uns zu des Erkennens steilem Grat,
Zum Gipfelthron der Wahrheit hingestiegen,
Gleich uns ihn suchend auf des Keenens Pfad —
Jah flodten sie. Denn ihr will aus Rinnennissen
Verief die Heimat sie vom Wert zur Zeit
Und hieß, beendend ihr vertriebes Laufen,
Den Hörsaal mit der Wallstalt sie vertrauen.

Sie, jüngst noch Höhenwand'rer, wurden Erreiter;
Doch mitten im Gewähr und Sturm der Schlacht
Hoch über ihnen schwebte sonnig heiter
Die Göttin, der sie treu sich zugedacht,
Und nie von ihnen wichen als Begleiter,
Sie stehend mit des Geistes heiliger Macht,
Sie wappend gegen die Gefahr des Wartens,
Die großen deutschen Meister des Gedankens.

Die unferlige französische Schadensrechnung.

Die mangelnde Vorbereitung für Spaa.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

VA Genf, 29. Juni.

Je näher der Tag von Spaa rückt, umso mehr ist in Paris die öffentliche Meinung überzeugt, daß auf der Konferenz nichts Vernünftiges zustande kommen wird. Diese Überzeugung wurde jetzt bekräftigt durch die Meldung, daß der Reichstag dem Ministerium des Reichsdrucks einen förmlichen Empfang bereitet habe, und die auch von Berliner Korrespondenten gemeldete Nachricht, daß der Reichstag vermutlich bald wieder aufgelöst werde. Der „Temps“ erinnert daran, daß die Verbündeten die Konferenz bis nach den deutschen Wahlen verschoben haben, um mit einer klaren Begründung der deutschen Regierung verhandeln zu können. Jetzt dürfte aber sei die Lage noch unklarer. Die Regierung (Freiburg) sei ein Kabinet, und nicht einmal auf diesen Umständen gegründet worden. Wie sollte man auf diesen Umständen rechnen, das Deutschland nicht? Kein Blatt mag noch zu hoffen, daß an grünen Tisch zu Spaa eine Entschädigung über die finanziellen Fragen der Entschädigung zustande kommt, und die Ziffern, die genannt werden, zeigen die gewaltige Kluft, die die französische Forderung vom verarmten deutschen Angebot trennt. In der Presse war angegeben, daß Deutschland die Summe der für alle Bewohnungen an Frankreich zu zahlenden Entschädigung auf sieben Milliarden 228 Millionen festgelegt habe. Hierzu bemerkt das „Journal“, daß nach französischer Schätzung die Schäden allein für das Arrondissement Valenciennes sieben Milliarden betragen. Die gesamte Forderung der an Frankreich zu leistenden Entschädigung würde mindestens 100 Milliarden erreichen. In sehr bescheidenen Weise muß das Blatt hinzufügen, daß die deutsche Zahl nur auf vorläufiger Abschätzung beruht. „Das deutsche Angebot“, schreibt das „Journal“ wörtlich, „ist lächerlich niedrig und trägt nicht die Nachprüfung vor einer Minute. Aber die Deutschen werden von Anfang der Verhandlungen an einen wesentlichen Vorteil für sich belaufen. Ihre Ausstattung ist zwar absehlich falsch (1), aber wenigstens genau ausgerechnet. Inwiefern ist die Berechnung des Schadens sich je nicht zu beenden, da die Beschädigten sich Ostober Zeit haben, ihre Forderungen aufzustellen.“

Doch Frankreich noch gar nicht weiß, wie hoch der Schaden sich belaufen wird, aus offiziell angegeben, und zwar in dem Bericht des Herr Vouchard, der Vorsitzende der parlamentarischen Finanzkommission, ausgearbeitet hat. In diesem Bericht, der jetzt zur Verteilung gelangt, heißt es: „Während Monate nach Schluß der Friedensverhandlungen ist es noch immer unklar, der Rahmen eine Abschätzung der Schäden vorzulegen, die Deutschland angestellt und zu deren Wiedergutmachung es verpflichtet ist. Wir müssen uns mit allgemeinen Gesichtspunkten begnügen. Besonders ist noch nichts ausgearbeitet über Schäden, die Zivilpersonen an Gut und Körper erlitten, nichts über die schlimmen Folgen der Versteppung und der Behandlung in den Lagern.“

Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel wird vom 2. bis zum 4. Juli dauern. Endliche Delegierte begeben sich dann direkt nach Spaa, wo sie am Abend des 4. Juli eintreffen.

Der italienische Unterrichtsminister über die „wahre Weltkultur“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

W Rom, 29. Juni.

Der Unterrichtsminister Benedetto Croce betonte in einer Unterredung mit dem hiesigen Hauptvertreiter seine beländige große Achtung und Liebe für Frankreich. Dies erst noch zu wiederholen, sei unnötig. Doch sei die wahre Weltkultur nur durch enge Zusammenarbeit zwischen Italien, Frankreich, England und Deutschland möglich. Hoffentlich werde diese erprobte Zusammenarbeit bald hergestellt. Schließlich wies Croce auf den bevorstehenden Gelehrten- und Studentenaustausch zwischen Frankreich und Italien hin.

Barthou in Prag.

Wien, 29. Juni.

Aus Prag wird gemeldet: Der ehemalige französische Ministerpräsident Barthou ist als Gast bei den Prager Solofest-

Des blutigen Spieles Vorhang rauschte nieder,
Die müden Spieler zogen still nach Haus;
Doch diese junge Egar, sie kam nicht wieder:
Sie ruht in ferner Erde früh sich aus.
Ihr Leben war wie halbgelungne Nieder,
Wie halbe Säulen eines Tempelsbau,
Wie Saat, halbreif gesunken in Verwischung;
Ihr Sterben aber war wie Gelbendigung.

Drum ihrem Volk, für dessen Herd sie starben,
Sind sie lebendig wie der Mäusenflur,
Der sproßt aus ihren Gräbern frühlingsfarben:
Sie selber wachsen mächtig draus empor,
Sie reifen aus zu fruchtgeschworenen Garben,
Sie leuchten Stern an Stern uns Brüdern vor.
In dauerndem, verheißungsvollem Ginsteln
Auf unserm Weg zur Klarheit aus dem Dunkeln.

Am 29. Juni des Denkmalsfonds für die im Kriege gefallenen Kommissionen veranstaltete gestern die Studentenschaft unserer Friedrich-Wilhelms-Universität in der Philharmonie eine „Welterkundung“. Man hatte an Alois Gutschard-Fragment gedacht; allein der (von Otto Peterlen bereits liebevoll vorbereiteten) Darstellung traten unüberwindliche Hindernisse entgegen. So wurde es ein Konzert mit Deklamation, aber darum nicht weniger weisevoll. Dem Wagners Trauermarsch aus der „Götterdämmerung“, vom Philharmonischen Orchester unter Kapellmeister Richard Hagel gespielt, leitete den Abend ein, und Weidmanns „Croica“, das ewige Sinnbild heldenhaften Mutes und Handelns, gab ihm den Abschlus. Cand. phil. Hans Barthel sprach Judas langvolle, oben abgedruckte Verse, und Hans Mähhofer trug in seiner meisterlichen Weise Dichtungen von Widenbruch, Felix Dahn und Paul Wernke vor. Die zu Dahn's „Mette von Marienburg“ von Woyrowski-Bildau hinzugesetzte Musik wurde von Clemens Schmalz auf dem Klavier virtuos wiedergegeben.

Im Saal gaben die Studentenmänner dem Wde einen ungeheuren akademischen Zug. Das mit Grün geschmückte Podium und die Stimmung wiesen auf die traurige Bedeutung des Abends. Die Stimmung war trotz des allmählich eintretenden Besfalls ernst und andächtig. Eine würdige Gedenkfeier für die Jugend, die nicht hein-

lichkeiten erschienen. Weihen hielt er bei einem ihm zu Ehren gegebenen Banquet eine Rede, in der er u. a. sagte: „Die Tschechen und die Franzosen haben denselben Feind. Wir müssen uns bemühen, diesen Feind zu entwaffnen, damit er nicht wieder gegen uns einen Angriff unternehmen kann. Das ist unser Juteer esse und das Interesse der gesamten Menschheit.“

Der Jahrestag von Versailles.

Eine Schweizer Kritik des Vertrages.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

U Bern, 29. Juni.

„Der 28. Juni wird“, so schreiben die „Baseler Nachrichten“, „auf Jahrhunderte ein Unglückstag sein.“ Im Jahre 1914 hat die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin gebracht. Diese wichtige Tat war es, die den Anstoß zum Weltkrieg gegeben hat. Am 28. Juni ist aber auch der Jahrestag von Versailles unterzeichnet worden. Wird durch dieses Ereignis von 1919 der dem Datum von 1914 anhaftende Schaden aufgehoben? Bis jetzt hat es nicht den Anschein, denn das papierne Friedensinstrument hat Europa noch keinen wirklichen Frieden gebracht. Der Elementarfehler, daß man den Frieden diktiert hat, vereinbart hat, zeigt immer mehr seine Folgen: die Undurchführbarkeit des Vertrages. Die kommenden Verhandlungen von Spaa sollen nun ja etwas von dem nachholen, was unbedingt vor Versailles hätte gesehen sollen. Aber schon zeigt sich, daß das Bestreben, die Deutschen vor unabänderliche interalliierte Abmachungen zu stellen, so daß die Hoffnungen auf eine wirtschaftliche friedliche Lösung gering sind. Es fehlt seit dem Besagen, Wilson's die große Persönlichkeit mit internationaler Autorität, die Europa sammeln und aufrichten könnte. Das Chaos nach dem Europa ordnete Österreich, der gewiß mehr ein Genie noch ein Held war. Aber wie dankbar wäre das bescheiden geborene Europa, wenn es heute auch nur einen Ordner von diesem Kaliber besäße.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt zum Jahrestag der Unterzeichnung des Versailleser Friedensvertrages u. a.: „Heute, ein Jahr nach der stummen Szene in Versailles, ist Erinnerung eingetreten. Aus dem alten Buchstaben des Vertrages wollte absolut kein Leben bestehen. Die europäische Wirtschaft bringt es jedermann zum Bewußtsein, daß durch die Vernichtung des Wirtschaftssystems eines arbeitstätigen Volkes nur der allgemeine Ruin vorbereitet wird. Auch in den Kreisen der Alliierten hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht nur vom bösen Geist getragen, sondern in seinen wirtschaftlichen Bestimmungen praktisch undurchführbar ist. Das Buch von Keynes hat Wunder gewirkt. Man will abauen und miteinander leben, und wenn in Spaa auch die deutsche Wiedergutmachung in vielfach unerschwinglichen Milliarden umgelegt wird, so bedeutet die Tatsache der mündlichen Verhandlungen und des direkten Meinungsaustausches doch einen bedeutenden Fortschritt über das unfruchtbare, verhängnisvolle Beispiel von Versailles hinaus.“ Bezüglich der Stellung Frankreichs sagt das Blatt weiter: „Frankreich kommt vom Misträuen nicht los und verkennt in seinen Beziehungen Deutschland gegenüber einfach den Zusammenhang von Ursache und Wirkung. Es ist nach den furchtbaren Erschütterungen, denen es ausgesetzt war, physisch gehemmt und hat den Blick noch nicht frei für die Notwendigkeit des Tages, die überall im Verlangen nach dem europäischen Gemeinschaftsgefühl ihren Ausdruck findet.“

Japans Vertretung in Spaa.

Wie aus London berichtet wird, soll als Vertreter Japans bei der Konferenz in Spaa der Viscount Shinba ausershen sein, der Japan auch schon in Boulogne vertreten hat.

Havas erklärt die gestern von ihm verbreitete Meldung, Chile werde auf der Konferenz in Spaa vertreten sein, für unrichtig.

In Königsberg (Preußen) verstarb, einem Privat-Telegramm zufolge, 79-jährig der frühere preussische Reichstagsabgeordnete des Kreises Tilsit-Wiederung Rudolf Weidke. Bis in sein hohes Alter hinein wirkte Weidke im fortschrittlichen Parteiloben, besonders als landwirtschaftlicher Sachverständiger, sowohl im Kreise Willkallen, wo sich sein Gut Osteruppen befand, als auch nach Aufgabe desselben in Königsberg.

Die Preise der Akademie der Künste. Die Akademie der Künste hat in ihrer letzten Sitzung über die von 99 Bewerbern beschickten Wettbewerbe Entscheidung getroffen. Der Große Staatspreis für Bildhauer ist Ernst Paul Hinkeldeh in Berlin zugesprochen worden. Die Staatspreise für Maler und Architekten sind nicht zur Verteilung gelangt; es haben jedoch die Maler Kurt Haase-Jastrup (Charlottenburg) und Bernhard Gobiet (Düsseldorf) Prämien aus dem Staatspreis für Malerei erhalten. Von den Bildhauerpreisen ist ferner der Preis der Raubendorff-Stiftung dem Bildhauer Otto Weismüller (Charlottenburg), der Preis der Hofr-Stiftung der Bildhauerin Frau Emmi Koeder-Garbe (Berlin), der Dr.-Paul-Schulze-Preis dem Bildhauer Walter Schulze-Mittendorf (Schmargendorf), der Schmidt-Mischelken-Preis dem Bildhauer Albert Kraemer (Berlin) zuerkannt worden. Der Danfshauspreis Karl Bamberg (Weimar) hat den Preis der Julius-Gesellschaft, der Maler Ludwig Rath (Charlottenburg) den der Weiden-Stiftung erhalten. Der Preis der 2. Michael-Beer-Stiftung für Graphiker ist Christian Ludwig Martin in Wien zugefallen. Die Wettbewerbsarbeiten sind am 1. und 3. Juli von 10 bis 3 Uhr in der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, öffentlich ausgestellt und unentgeltlich zu besichtigen.

Zus der Kunstwelt. Die graphische Ausstellung des Berliner Künstlerbundes Neue Kunstausstellung, Taubenstraße 6, wird am nächsten Sonnabend geschlossen. — Im Künstlerhaus wird am Sonntag eine Ausstellung „Deutsche Eisenblätter“ eröffnet.

Zimmereröffnungen im Juli. Die Sonne hat Ende Juni ihren höchsten Stand erreicht und wandert in ihrer heftigen Lauf wieder südwärts. Langsam nimmt die Tageslänge ab und ist am Ende des Monats um mehr als eine Stunde kleiner als zu Anfang. Die Hauptphasen des Mondes finden statt: Neumond am 1. und 31., Letztes Viertel am 9., Neumond am 15., Erstes Viertel am 22. Juli. Von den Planeten ist nur Mars eine Stunde lang am Abendhimmel zu sehen. Alle anderen Planeten bleiben unsichtbar. Der Anblick des Fixsternhimmels zu Anfang des Monats um 12, zu Ende um 10 Uhr abends ist der folgende: Süd im Zenith steht die Veer mit Wega, östlich davon der Schwan, südöstlich der Adler. An die Veer schließen sich südwestlich Dertules, Ophiudus und Skorpion mit dem vollen Antares an. Westlich von Hercules erbliden wir die Krone, den Bootes mit Artur und die Jungfrau. Im Osten ist das große Viereck, das die Konstellationen Pegasus und Andromeda bilden, bereits abgegangen. Mehr nach Norden steht das W der Cassiopeja, darunter der Perseus, ganz tief am Nordhorizont Capella im Fuhrmann. Im Nordwesten schließlich erbliden wir den Großen Bären und die Zwillinge, östlich davon den Kleinen Bären mit dem Polarstern.

Die Notlage der Buchverleger.

Das dunkelste und trübste Geschäftsjahr.

Rückgang kulturell wertvoller Literatur. — Buchmessen. — Auslandskäufe.

(Von unserem Korrespondenten.)

Leipzig, Ende Juni.

Der Deutsche Verlegerverein erstattet jeden seinen Jahresbericht über das vergangene Geschäftsjahr 1919/20. Er nennt es „das dunkelste und trübste“, das ihm bisher beschieden war. Die wirtschaftliche Lage des Verlagsbuchhandels wird als durchaus unzureichend und bedenklich bezeichnet. Nicht nur unterbinden der Papiermangel und die Produktion, sondern auch die enorme Vertierung der Herstellung, die besonders durch die sprunghafte Steigerung der Rohstoffe und die Gehalts- und Lohnerhöhungen im Verlagsbuchhandel und den für ihn arbeitenden Gewerben hervorgerufen wurde, hemmt die Verlagsfähigkeit. Gerade die kulturell wertvollsten Bücher, die nicht Massenartikel sind, sind vielmehr nur an die Kreise der Gebildeten, und die deshalb im Preise dem Kaufvermögen dieses meist nicht kapitalstärksten Publikums angepaßt werden müssen, konnten nur unter Opfern oder gar nicht mehr aufgelegt werden. Besonders trifft dies auch zu für die wissenschaftlichen und die Pädagogischen, die außerdem noch durch die Anzeigensteuer schwer betroffen wurden. Auch die Unsicherheit der Realisierung der Preise, die durch die freibleibenden Angebote und die rückwärtigen Preise, und Letztere zu einem geradezu unerwünschten Maße angeheuert wurden, drückte auf die Unternehmungslust. Die durch die vermehrte Arbeitszeit und die Zunahme des direkten Verkehrs erforderliche Verrechnung des Personals, die allmählich erdrosselte Nachfrage bei der Absicherung, die allgemein erhöhten Kosten und die Geldwertverminderung eine Erhöhung des Betriebskapitals, die das Fortbestehen vieler kleiner und mittlerer Verlagsbuchhandlungen auf das schwerste schädigte und in Frage stellte.

Der Buchverkauf an sich war freilich ein guter und nahm nach Friedensschluß dauernd zu. Besonders erfreulich und fördernd war das Wiederaufleben der Buchmessen als Marktplatz, die geeignet sind, dem Verleger einen Teil der jetzt fast unerschwinglichen Preise und Angelegenheiten abzumachen. Schon die Buzarg-Buchmesse 1919, vor allem die Buzarg-Messe im März 1920, ließen erkennen, daß sie in erster Linie mit dazu bestimmt sind, den Wiederaufbau des deutschen Buchhandels zu fördern. An Bücher-Abzähl übertraf das vergangene Geschäftsjahr alle früheren weit, besonders als nach Friedensschluß das Ausland den Tiefstand der deutschen Valuta zu Deutschlands Ausverkauf benutzte und dabei auch die besonders billigen Güter in großem Maßstabe ankaufte. Erleichterungswise hat die durch die Kriegsjahre gesteigerte Nachfrage nach guten Büchern auch in den Berichtsjahren angehalten. Besonders groß und durch die wachsende Sammelbegehrtheit gefördert war die Erzeugung von Liebhaber Ausgaben aller Art von Werken, die meist in kleinen Auflagen zu höchsten Preisen Absatz fanden. Eine bedauerliche Begleiterscheinung der Revolution war das ungesammelte und übermäßige Erscheinen einer riesigen, oft unter dem Deckmantel künstlerischer Aufmachung, innerlich hohlen und verdochnen, nur auf Sinnereiz zugeschnittenen Literatur, die leider mehrfach im Verleiblich in mehr oder minder verfehlter Form sich anpreisen durfte. Der Verlegerverein berührt hier die Frage der Anzeigenzensur, deren Berechtigung dem Buch-

handlersfachblatt mehrfach bestritten wurde. Er hält diese Zensur offenbar nicht nur für berechtigt, sondern für notwendig. Es handelt sich um eine grundsätzliche Frage. Die Beurteilung ob eine Literatur leicht, hoch und verdorben ist, wird natürlich je nach der Weltanschauung, dem Geschmack und der Bildung des Beurteilers verschieden ausfallen. (D. Ned.)

Der wissenschaftliche Verlag hat bewiesen, daß deutsche Forschung und deutscher Geist ihren alten Ruf in der ganzen Welt auch über den Krieg hinaus behalten haben. Mit einem wahren Geißhunger stürzte sich nach Öffnung der Grenzen das Ausland namentlich auf unsere technischen und chemischen, in etwas geringerer Maße auf unsere medizinischen Erfindungen. Dem hat bis zu einem gewissen, zum Teil unerwünschten Grade die Auslandsverkaufsordnung einen Riegel vorgegeben. Aber der Ertrag steht nicht im Verhältnis zum Umsatz, und bange Sorge erfüllt den Verlagsbuchhandel, wie das Mangelte bei den teuren Herstellungskosten und der Wirtschaftslage zu abwärtsgehenden Preisen wieder zu ergänzen ist, und wie dem Bedarf nach neuen Auflagen entprochen werden kann.

Die Lage auf dem Papiermarkt ist seit Ende des vorigen Jahres trostloser geworden als je. Die großen Verlagsfirmen müssen ihre Produktion immer mehr einschränken, da die Papierfabriken einen großen Teil der Aufträge seit Monaten nicht mehr ausführen können. Es fehlt diesen Betrieben nicht nur an dem erforderlichen Zellstoff, sondern besonders an der Kohle. Und die deutschen Zellstoffabriken wieder liefern zum größten Teil aus Holz- und Kollennagel-Holz, während die Papierfabriken, die ausländische Zellstoffe einführen konnten, bis vor kurzem verpflichtet waren, das daraus hergestellte Papier zur Schaffung von Devisen im Verhältnis zu der Einfuhr an Zellstoff auszuführen. Die erlebte **Leistung der Grenzen** war von unheilvollem Einfluß auf unsere Papierverwertung. Ausländische Käufer machten sich den niedrigen Stand der Marktwährung zunutze, um große Mengen von Papier aus Deutschland herauszuholen, und die dafür gezahlten Auslandspreise hatten eine starke Erhöhung auch der Inlandspreise im Gefolge. Auch das omniböse „Loch im Westen“ trägt große Schuld an unserer Papiernot. In welchem Maße die Ausnutzung der „Konjunktur“ zum Schaden des Verlagsbuchhandels von den deutschen und österreichischen Papierfabriken gehandhabt wird, geht aus den von diesen veröffentlichten Jahresbilanzen und der Höhe der verteilten Dividenden zur Genüge hervor. Neben der Papierausfuhr ist vor allem auch die **Kohlausfuhr** von größter Bedeutung. Da für Holz im Ausland so hohe Preise gezahlt werden, wie sie die inländische Papierindustrie nicht aufbringen kann; die Folge davon ist die bereits erwähnte Zuteilung nahezu aller deutschen Zellstoffabriken.

Die Erhöhung der Buchdruckpreise ist weitergegangen infolge der immer wieder gesteigerten Vorkohlrundpreise. Zurzeit haben die Aufschläge die schwindende Höhe von über 700 Prozent erreicht. Auch die Buchbindepreise stiegen ständig seit Erhöhung der Rohstoffpreise um 33 1/2 Prozent im Juni 1919 und haben jetzt eine Höhe von etwa 550 Prozent erreicht, wozu noch besondere Zuschläge für Leberzugpreise berechnet werden.

Die **Bücherpreise** mußten naturgemäß infolge der allgemeinen Teuerung eine bedeutende Steigerung erfahren, stehen aber immer noch nicht im richtigen Verhältnis zu den Löhnen und sind im Vergleich zu anderen Waren ausserordentlich mäßig zu bezeichnen. Trotzdem dürften sie in der Mehrzahl weitere erhebliche Erhöhungen nicht vertragen, da die weitaus meisten Bücher nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs sind.

Dr. L. St.

Maßnahme Christi durch Frankreich Mesopotamien aufgeben würde. Aus Gründen der Gerechtigkeit und der Pflicht sowie aus Gründen der Zweckmäßigkeit dürfte Mesopotamien weder jetzt noch in naher Zukunft aufgegeben werden.

Erklärungen Giolitti über Albanien.

Neue Tumulte in italienischen Städten.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rom, 29. Juni.

Giolitti erklärte in der Kammer, die italienische Regierung werde keine Truppen nach Albanien schicken, dagegen würde ein bevollmächtigter Diplomat nach Albanien entsandt, um mit der albanischen Regierung die kritischen Probleme freundschaftlich zu verhandeln. Giolitti werde es schließlich freilich wünschen, das Ancona, bestreife, so gibt Giolitti zu, daß die Angst vor einem neuen Kriege die Volkspartei erregt haben könne. Die Regierung werde gegen die Vertrieben nachsichtig sein; Gemeinverbreder sollen jedoch von den Gerichten abgeurteilt werden. Darauf wurde der Schluß der Debatte mit 222 gegen 93 Stimmen beschlossen.

Die sozialistische Partei beschloß, in der Kammer Obstruktion zu üben, bis die Regierung sich formell verpflichtet, Valona zu räumen sowie die Führer von Ancona nicht zu bestrafen. Mittlerweile brachten die Sozialisten 30 Anträge zur Störung der Geschäfte ein. In Ancona wurden hunderte bewaffnete Anarchisten gefangen genommen und mehrere Wajschingemehre und viel Munition erbeutet. Unter den gefangenen Rebellen befindet sich auch der jugoslawische Anarchistenführer Simon Schneider aus Trieste. Zwei Personen und ein Militärarzt wurden von Anarchisten beschossen, fünf Verletzte und ein Leutnant getötet. In Brescia und Treviso ereigneten sich heftige Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Volksparteilern. Ein Karabiniere wurde getötet. Laut Corriere della Sera ist der Zustand in Ancona ein Teil eines weiter verzweigten Komplotts gegen die staatliche Ordnung, und zufällig von den Anarchisten in Ancona verfaßt zum Ausdruck gebracht worden. Verschiedene Truppenteile seien durch Gerüchte von einer bevorstehenden Expedition nach Albanien und Äthiopien bearbeitet und unzufrieden gemacht worden; ferner hätten die Anarchisten vollständige Revolutionärsfakros gebildet. Die Regierung sei aber fester denn je entschlossen, alle Anschläge gegen die Sicherheit des Staates zu unterbinden. Der Aufbruch in Ancona wurde unterdrückt. Hunderte von Anarchisten sind verhaftet worden. An der Niederwerfung beteiligten sich dieselben Verhafteten, die Sonnabend geneuert hatten. Auch die Unruhen in Piombino wurden erstickt.

Am Vortage des „Popolo Romano“ wird nachgewiesen, daß sowohl in Ancona als in Piombino jugoslawische Intrigen sowie Geld von gewisser anderer Herkunft mitwirkten. Die Albaner selbst wollten lediglich ihr Land vor der Anheftung durch Jugoslawien und Griechenland bewahren und wären glücklich, wenn Italien ihren Schutz übernehme. Der Vorkalt Albanien entbande Baron Alotti werde die Albanen von der Vorkalt Italiens überzeugen.

W. Salet, 29. Juni.

Aus Mailand wird gemeldet: Wie aus Meldungen des „Corriere della Sera“ zu der Militärkammer in Ancona hervorgeht, haben die Anarchisten in Italien weitgehende Vorbereitungen für die Revolution getroffen. Aus beschnittenen Dokumenten geht hervor, daß sich vollständige revolutionäre Verbände gebildet haben, die gleichzeitig betriebl sind, mittels falscher Nachrichten über bevorstehende Expeditionen nach Albanien und Tripolis in die See zu tragen und seinen Zusammenhalt aufzulösen. Die Meuterei der Anarchisten war nur ein Teil eines weitverzweigten Komplotts und ist infolge verschiedener Umstände so früh zum Ausbruch gekommen. Der „Corriere della Sera“ schreibt zu diesen Ankündigungen, daß die italienische Regierung fester denn je entschlossen sei, alle Anschläge gegen die Sicherheit des Staates zu vereiteln.

Generalfreik in Rom.

Rom, 29. Juni. (W. I. B.)

In der Nachmittagsbesitzung der Arbeiterkammer, der Generalfreik für Dienstag morgen zu proklamieren. Die Straßenbahnen verkehren nicht, die Häuser hingegen fahren noch. Die meisten Läden sind geöffnet. Wegen der Feier des Peter- und Pauls-Tages hatte die Stadt ein sonntägliches Gepräge. Auf dem Bahnhof herrschte vollständige Ruhe. Allezüge sind fast planmäßig abgegangen und kommen mit Ausnahme derjenigen aus Ancona, die noch immer unterdrückt werden, an.

Lord Abernon

britischer Botschafter in Berlin.

London, 29. Juni. (W. I. B.)

Bonar Law teilte im Unterhaus die Ernennung Lord Abernons zum britischen Botschafter in Berlin mit. Neuter erzählt, Lord Abernon werde London in kürzester Zeit verlassen, um seinen Botschafterposten in Berlin anzunehmen. Seine Ernennung habe einen zeitweiligen Charakter und stehe besonders im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen, die eine hervorragende Rolle in Deutschlands internationaler Lage spielen.

Lord Abernon ist in Deutschland besser bekannt unter seinem früheren Namen Sir Edgar Vincent, der in der Zeit der regen deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen vor dem Kriege namentlich in deutschen Finanzkreisen einen guten Klang hatte. Der nunmehrige Botschafter ist vornehmlich als langjähriger Vertreter der englischen Interessen bei der Verwaltung der türkischen Staatsschuld und türkischer Banken tätig gewesen. Die Ernennung dieser in wirtschaftlichen und finanziellen Dingen versierten Persönlichkeit anstatt eines Berufsdiplomaten war schon seit einiger Zeit angeknüpft. Sie bildet eine offenbar zwischen London und Paris vereinbarte Parallele zu der Ernennung des französischen Botschafters Laurent. Den beiden Vertretern soll gemeinsam die Durchführung der in Spaa zu treffenden Vereinbarungen übertragen werden. Die besondere Empfehlung, die anscheinend für Lord Abernon seine türkische Kontrollparis gebildet hat, ist sein günstiges Omen für die Art, wie sich die Entente die diplomatische Ergänzung der Tätigkeit der Wiedergutmachungskommission zu denken scheint.

Verantwortliche Redakteure: Für innere Politik: E. G. Dombrowski; für auswärtige Politik: Josef Schönbach; Berlin: für Politik, Vermittlung, Berichterstattung und Sport: Bruno W. Müller; für das Publikum: Paul Wolf-Göndel; für den Roman: Bernhard Köllers; Berlin: für die Handelszeitung: I. B. Dr. Adolf Roeder; Berlin: für den literarischen Teil: Albert P. B. Charlottenburg; für die Literatur: E. G. Dombrowski; für die Kunst: Rudolf W. Berlin.

Siehe 2. Beiblatt.

Kraffins Londoner Verhandlungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

W. Salet, 29. Juni.

Der ständige Ausschuss des internationalen Wirtschaftsrates in London trat gestern zusammen, um die Antwort Kraffins zu prüfen. Man macht sich in London keine Illusionen mehr über den Erfolg der Verhandlungen. Nach der „Wall-Street-Gazette“ wäre die Abreise des Vertreters des Sowjet nur noch eine Frage von einigen Tagen. Eingedenk behauptet der französische Sozialistenführer Louquet, den Kraffin in den letzten Tagen besuchte, allen pessimistischen Beurteilungen gegenüber, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Lloyd George und Kraffin im besten Zuge seien. Wenn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten traten überwiegend hervor. Man habe daher auch den Eindruck, als ob Lloyd George unter allen Umständen zu einem Ergebnis gelangen wolle. Kraffin habe in letzter Zeit täglich Hunderte von Kaufleuten und Industriellen empfangen.

London, 29. Juni. (Gavas.)

Neuter vernimmt, daß die Verhandlungen mit Kraffin einen befriedigenden Verlauf nehmen, obgleich einige Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Ansichten in Moskau über die der britischen Regierung zu erwidern Antwort noch ein wenig auseinandergehen. Kraffin wird neuerdings mit dem Obersten Wirtschaftsrat zusammentreffen. Er wird wahrscheinlich auch eine weitere Besprechung mit den britischen Ministern haben, bevor diese nach Spaa abreisen.

Paris, 29. Juni. (Gavas.)

Nach einem Telegramm des „Petit Parisien“ aus Selingfors hat Lenin ein Dekret unterzeichnet, durch das das Volkskommissariat für Industrie in ein solches für Außenhandel umgewandelt wird. In Zukunft wird niemand mehr das Recht haben, Handelstransaktionen vorzunehmen, o hne dazu von diesem Kommissariat ermächtigt zu sein. Dieses Dekret hat somit die unbedingte Kontrolle der Sowjets über den Warenexport und den Außenhandel zur Folge.

Nach dem „Echo de Paris“ soll Lenin für eine Ausöhnung der Republik mit den Sozialisten der Weststaaten folgende Bedingungen aufgestellt haben: 1. Aufschub auf die Moskauer Internationale und Aufgabe jeder Propaganda zugunsten der vierten Internationale, in der die Strömungen der zweiten und dritten Internationale aufgehen sollen. 2. Anerkennung des Rechts der Bolschewisten, ihre Weltpropaganda fortzusetzen, und Abgabe des Versprechens, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte.

Deutschland und Litauen.

Konow, 29. Juni. (Litauische Telegr.-Agentur.)

Der Präsident der Nationalversammlung hatte das neue Kabinett zu einem Wahl gegeben an dem auch die Vertreter der fremden Staaten teilnehmen. Der deutsche Gesandtschaftsträger für Litauen, Dr. Schoenberg, hielt hierbei eine Rede, in der er sagte: „In dem neuen Ministerium, zu dessen Ehren wir heute versammelt sind, kommt der Wille der überwiegenden Mehrheit des litauischen Volkes klar zum Ausdruck und verleiht ihnen Entscheidungen jene Macht, die allen Lebensäußerungen geschlossener Völkergemeinschaften innewohnt. Dadurch eröffnen sich für die Verwirklichung der

Ziele des litauischen Volkes die günstigsten Aussichten. Wir Deutschen beglückwünschen dazu unser Nachbarvolk von ganzem Herzen, denn wir verfolgen dessen heiliges Ringen um die Sicherung seiner Zukunft mit warmem Sympathie und mit den freundschaftlichsten Gefühlen. Wie wir die ersten waren, die Litauen de jure anerkennen, so wünschen wir auch heute und stets, daß das litauische Volk, dessen hoher sittlicher Ernst und freudiger Wille zu friedlicher Arbeit, und dessen kulturelles Vorkämmlertum im deutschen Volk tiefstes Verständnis und höchste Wertschätzung gefunden haben, erfolgreich fortzuschreiten auf der Bahn, die ihm vom westschauenden Geiste seiner besten Männer gewiesen ist.

Letzte Nachrichten

Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Busch ist zum Ministerialrat im Reichsfinanzministerium ernannt worden.

Hamburg, 29. Juni. (W. I. B.) Hier wurde eine Fälscherbande

entlarvt, die mit gefälschten Ausfuhrscheinen große Schiebungen in Chemikalien ins Ausland vornahm. Der hier wohnende Kaufmann Krähnen vermittelte den Verkauf der falschen Scheine. Die Sache kam zu Ehren der Außenhandelsstelle für Chemikalien. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Fälscher, deren Zentrale in Berlin sich befindet, Millionenwerte an Chemikalien ins Ausland verschoben haben. Für die einzelnen Scheine wurden Preise von zehn bis dreißig Millionen Mark bezahlt. Apotheker Klende wurde verhaftet. Außerdem konnte bei mehreren hiesigen und auswärtigen Firmen eine größere Anzahl von gefälschten Ausfuhrscheinen beschlagnahmt werden.

Amsterdam, 29. Juni. (W. I. B.) „Times“ zufolge hat der Kontrollrat des englischen Clearingamtes gestattet, daß zwischen englischen und deutschen Firmen ein unmittelbarer Ausgleich wegen der Vorkriegsschulden stattfinden darf. Alle Vorschläge für die Bezahlung der den Ausgleich der Vorkriegsschulden dienen indessen nur durch Vermittlung des Clearingamtes erfolgen.

Amsterdam, 29. Juni. (W. I. B.) Dem New-Yorker Korrespondenten der „Times“ zufolge hat die amerikanische Staatshandelskommission eine Verfügung erlassen, die in ihrer Wirkung auf dem Verbot der Kohlenausfuhr nach Europa hinauskommt. In der Verfügung wird bestimmt, daß die Staaten von Neu-England ein Vorkaufsrecht auf Kohlen haben. Man erwartet aber, daß die Verfügung nach Abänderungen erlassen wird.

Brussa von den Engländern besetzt.

(Telegramme.)

Paris, 29. Juni. (W. I. B.)

Wie Havas aus Konstantinopel meldet, haben die Engländer Rubania und den Hafen von Brussa besetzt. Kemal Pascha habe einen Appell an die Mohammedaner erlassen, um religiösen Hof hervorzuheben. Die britischen Truppen hätten auch das Postamt in Stambul besetzt.

Amsterdam, 29. Juni. (W. I. B.)

Im Oberhaus heute Lord Curzon, es sei völlig unmöglich, nach dem von Lord Curzon gemachten Vorschlag mit Frankreich eine Regelung zu treffen, wonach England im Falle der